



„Wie halten Sie`s mit der Frauenpolitik?“

**Der Frauenring befragt die Spitzenkandidat\*innen für die  
Nationalratswahl 2019**

Zusammenfassung der eingegangenen Antworten

**1. Welche Maßnahmen gedenken Sie zu setzen, um Einkommensunterschiede  
zwischen Frauen\* und Männern\* zu beseitigen?**

*ÖVP: Die Partei setzt sich unter anderem für mehr Transparenz bei den Einkommen ein. Man will die bereits bestehenden Einkommensberichte vor allem bei Frauen bekannter machen und Frauen in den Unternehmen stärken. Da Frauen häufiger in niedrig entlohnten Branchen und Berufen arbeiten, sollten vor allem junge Frauen besser über mögliche Ausbildungen und Berufe, insbesondere auch im Bereich der Lehre, informiert sowie dazu ermutigt werden, auch technisch-naturwissenschaftliche Berufe zu wählen. Im Zuge dessen soll auch der Talente-Check ausgebaut werden. Zusätzlich fordert die Partei eine Aufwertung und faire Entlohnung ein, insbesondere im Bereich der Pflege- und Sozialberufe sowie im Handel und in der Pädagogik.*

*SPÖ: Ein Gesetz nach Vorbild Islands wird gefordert, das Firmen verpflichtet, die faire Bezahlung beider Geschlechter zu dokumentieren. Bei Nichteinhaltung soll es spürbare Sanktionen geben. Die Gleichstellung der Geschlechter ist als Frage der Gerechtigkeit und Menschenwürde zu verstehen.*

*FPÖ: Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen sollen vor allem durch Prüfung der Kollektivverträge in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern bearbeitet und allfällige Diskriminierungen so beseitigt werden. Auch durch die Anrechnung von Karenzzeiten und Vorrückungen sollen Stereotypen beseitigt und Arbeitsfelder Neubewertet werden. Die Zusammenführung der bestehenden Einkommensberichte auf bundesweit einheitliche Standards ist der Partei genauso wichtig, wie Mädchen bereits während ihrer Ausbildung nicht genderstereotype Berufe näherzubringen, z.B. in Forschung oder Technik.*

*NEOS: Negative Erwerbsanreize sollen im Arbeits-, Steuer- und Familienrecht abgeschafft und Arbeit neu bewertet werden. Kinderbetreuungseinrichtungen müssen hierzu ausgebaut werden und jegliche gleichstellungspolitische Anstrengung das Ziel verfolgen, Betreuungs- und Pflegearbeit fairer aufzuteilen.*

*Die Grünen: Durch einen Mindestlohn von 1750 Euro sollen Frauen\* ein existenzsicherndes Einkommen erhalten, während Unternehmen über Einkommensberichte gesetzlich dazu verpflichtet werden sollen, Einkommensunterschiede zu verringern und bei Nicht-Einhaltung auch Sanktionen tragen müssen.*

Liste JETZT: *Gefordert wird absolute Einkommenstransparenz ab 2 Mitarbeiter\*innen, ein gesetzliches Verbot für Einkommensunterschiede, die aktive Vaterschaft, steuerliche Anreize für moderne Unternehmen und die Kopplung der gemeinsamen Obsorge und Doppelresidenz an aktive Väter.*

SLP: *Eine Offenlegung aller Bücher und regelmäßige Kontrollen aller Betriebe hinsichtlich der Lohn- und Gehaltszahlungen in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Betriebskörperschaften sind notwendig. In den Gewerkschaften sollen zudem Kommissionen eingerichtet werden, die auch in Kleinbetrieben für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit kämpfen.*

Wandel: *Die Partei fordert einen einen Mindestlohn von 2.000 Euro netto, der ein gutes Leben bei Vollzeitarbeit garantieren soll. Der Wandel ist außerdem dafür, dass alle Bereiche der gesellschaftlichen Grundversorgung wie Gesundheit, Pflege und Bildung, von der öffentlichen Hand finanziert und organisiert werden, was geringe Löhne und prekäre Arbeitsverhältnisse in diesen wichtigen Bereichen, in denen überwiegend Frauen arbeiten, beseitigen wird. Unterstützt wird außerdem Lohntransparenzregelungen, die international erfolgreich sind, wie z.B. die Offenlegung von Gehaltsunterschieden zwischen Männern und Frauen auf Betriebsebene, bzw. Berichtspflichten über die Einkomme der Führungsebene in börsennotierten Unternehmen.*

KPÖ: *Ein Mindestlohn von 1750 Euro muss lohnsteuerfrei eingeführt werden, genauso wie eine Offenlegung der Gehälter nach Vorbild Islands.*

**2. Besonders Frauen\* sind häufig von Armut bedroht. Dabei droht Frauen\* aufgrund geringerer Pension wegen langer Kindererziehungszeiten und/oder Teilzeitbeschäftigung Armut im Alter. Welche Maßnahmen werden Sie gegen diese Armutsgefährdung setzen?**

ÖVP: *Neben der besseren Anrechnung von Karenz- und Kindererziehungszeiten, setzt die Partei auf Aufklärung über die Folgen von Teilzeitarbeit, die fast 80% der Teilzeitstellen ausüben. Mehr Bewusstsein für eine partnerschaftliche Aufteilung der Kindererziehung und der unbezahlten Arbeit muss geschaffen werden. Außerdem tritt die Partei für ein automatisches Pensionssplitting mit einer Opt-out-Möglichkeit ein.*

SPÖ: *Eine Anhebung der Mindestpension ist notwendig, um die Altersarmut zu verhindern und weiters ein Mittel um die Kaufkraft zu erhalten. Ausgleichszulagenrichtsätze sind entsprechend der Lohnentwicklung zu erhöhen, außerdem soll die Pensionskonto-Gutschrift gegen Kürzungen verfassungsrechtlich abgesichert werden und die Werterhaltung der Pensionsansprüche garantiert werden. Um speziell Frauenarmut im Alter zu verhindern, soll die Anrechnung von Kindererziehungszeiten verbessert werden und außerdem 50 Euro extra im Monat zur Pension hinzugefügt werden, vor allem für Frauen, die Kinder großgezogen haben.*

FPÖ: *Eine Maßnahme, die bereits durchgesetzt wurde, ist die Mindestpension in der Höhe von 1200 Euro. Über Steuerreformen sollen Entlastungen für Pensionisten erreicht werden.*

*Die Anrechnung von Karenzzeiten war ein weiterer Bereich, für den sich die Partei eingesetzt hat.*

*NEOS: Ein echtes Pensionssplitting, bei dem beide Elternteile miteinbezogen werden, soll Abhilfe für dieses Problem schaffen. Das Die Pensionskontogutschriften beider Elternteile sollen ab der Geburt des Kindes für einen gewissen Zeitraum automatisch 50:50 geteilt werden. Die gemeinsam erwirtschafteten Beiträge werden zu gleichen Teilen geteilt. Sollte ein Elternpaar sich für eine andere Möglichkeit der Aufteilung entscheiden oder das Pensionssplitting nicht in Anspruch nehmen wollen, steht das Opt-out offen. Damit bleibt die Entscheidung frei, Pensionskontogutschriften aufzuteilen oder nicht.*

*Die Grünen: Die Mindestsicherung soll progressiv weiterentwickelt werden. Die Grüne Grundsicherung sieht einen Rechtsanspruch auf Ausbildung und Qualifikation, Beratung und Betreuung vor. In Problemlagen gibt es einen Anspruch auf eine Grundsicherung zumindest in der Höhe der Ausgleichszulage (also derzeit € 933,-). Als notwendig erachtet die Partei auch die Durchsetzung von Mindestlöhnen, eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Einkommensausgleich, den Ausbaus der Kinderbetreuung, die Durchsetzung von Frauen\*förderplänen in Betrieben und die Bindung von öffentlichen Aufträgen an Qualitätskriterien. Speziell zur Bekämpfung von Frauen\*armut im Alter wird ein einheitliches Pensionssystem mit gleichen Beiträgen, gleichen Berechnungsregeln und gleichen Leistungen für alle gefordert. Dieses Pensionsmodell besteht aus einer aus Steuern finanzierten, existenzsichernden Grundpension von ca. 900 Euro und einer nach versicherungsmathematischen Regeln berechneten Versicherungspension aus Beiträgen.*

*Liste JETZT: Forderungen sind die Sicherung des Unterhaltes, eine Grundsicherung für Kinder, aktive Vaterschaft, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, der flächendeckende Ausbau von qualitativvoller Kinderbetreuung. Um Frauen vor der Altersarmut zu schützen, sollen die besten 15 Jahre zur Bemessung der Pensionszahlungen herangezogen werden. Speziell für Künstler\*innen soll das Kulturbudget auf 1% des Gesamtbudgets aufgestockt werden, sodass eine Sozialversicherung für diese Berufsgruppe leistbar wird. Auch Selbstständige sollen Zielgruppe für soziale Maßnahmen sein, da die Selbstständigkeit oft der letzte Ausweg für eine Frau ist und sie unzureichende Absicherung vorfindet.*

*SLP: Die Partei fordert einen Mindestlohn von 1700 Euro Netto, ein unbefristetes Arbeitslosengeld auf Höhe des Mindestlohns, sowie eine gesicherte, eigenständige Mindestpension für alle in derselben Höhe. Damit Karenz nicht mit finanziellen Verschlechterungen einhergeht, wird ein voller Gehaltsbezug während der Karenzzeit sowie eine Garantie, nachher wieder in den Job einsteigen zu können, gefordert. Außerdem braucht es flächendeckende, kostenlose und hochwertige Kinderbetreuung, damit Frauen am Erwerbsleben teilnehmen können. Um die Teilzeitfälle zu bekämpfen, soll bei Teilzeitarbeit die Normalarbeitszeit auf ein Fünftel der vereinbarten Wochenarbeitszeit reduziert werden und bei Überschreitung der Normalarbeitszeit Überstundenzuschläge anfallen, anstatt der aktuellen Mehrstundenregelung (50% Zuschläge anstatt 25%). Notwendig ist außerdem eine Senkung der täglichen Maximalarbeitszeit auf 6 Stunden sowie eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn und Personalausgleich und eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit mit der Möglichkeit, bei voller Pensionszahlung mit 55 Jahren aufzuhören.*

Wandel: Neben der Forderung einer Erhöhung des Mindestlohns, möchte man sowohl quantitativen als auch qualitativen Ausbau der öffentlichen Angebote im Bereich Kinderbetreuung und Pflege von Erwachsenen, wo Frauen derzeit notwendige Arbeit unentgeltlich erledigen. Der Wandel tritt dafür ein, dass das Pensionsplitting von einer opt-in Regelung (beide Partner müssen das Pensionsplitting gemeinsam beantragen) in eine opt-out Regelung (beide Partner müssen explizit darauf verzichten) überführt wird. Dieses Model soll außerdem das Teilen von Pensionsansprüchen ermöglichen, wenn ein Elternteil in Teilzeit geht, um Kinder zu betreuen.

KPÖ: Die Partei will Teilzeit überflüssig machen durch eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche. Zeitgleich wird ein gesetzlichen Mindestlohn gefordert, damit Frauen mehr Lohn bekommen.

**3. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Perspektive notwendig, damit strukturelle Ungleichbehandlung am Arbeitsmarkt (Gender Pay Gap, hoh Teilzeitquoten bei Frauen, ungleiche Aufstiegschancen, geschlechterstereotype Berufswahl, Einkommens- und Pensionseinbußen aufgrund von Elternkarenz) endlich aufgebrochen werden?**

ÖVP: Siehe die ersten beiden Fragen.

SPÖ: Ein Mindestlohn von 1700 Euro steuerfrei in Verbindung mit einem Lohngesetz nach dem Vorbild von Island, Arbeitszeitverkürzung und damit auch mehr Freizeit und eine gerechtere Aufteilung der unbezahlten und bezahlten Arbeit wird gefordert. Kinderbetreuung muss ausgebaut werden und ganztägig kostenfrei sein. Der Familienbonus soll ebenfalls neu gestaltet werden und allen zur Verfügung stehen, weshalb unabhängig vom Einkommen 1500 pro Kind beigesteuert werden sollen. Davon sollen vor allem Alleinerzieherinnen profitieren, genauso wie von der Einführung einer Unterhaltsgarantie.

FPÖ: Zur Aufhebung der geschlechter-stereotypen Berufswahl setzt die Partei stark auf die Öffentlichkeitsarbeit, sowie auf die Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst und die Stärkung der dualen Berufsausbildung. Frauen sollen stärker für Lehrberufe gewonnen werden und, wie bereits genannt, die bestehenden Einkommensberichte auf bundesweit einheitliche Standards zusammengeführt werden.

NEOS: Durch die Abschaffung negativen Erwerbsanreize (zB Staffellung Arbeitslosenversicherung, Familienbonus) soll mehr Gleichberechtigung am Arbeitsmarkt geschaffen werden. Außerdem soll es individuelle Ansprüche auf Karenz und Kinderbetreuungsgeld im gleichen Ausmaß für beide Elternteile geben. Teile davon müssen unübertragbar sein. Auch das automatische Pensionsplitting ist eine Maßnahme, die dazu führen kann, Pensionszeiten und Zeiten einer Erwerbstätigkeit gerechter aufzuteilen.

Die Grünen: Um die Benachteiligungen von Frauen\* am Arbeitsmarkt zu bekämpfen, braucht es einerseits einen Rechtsanspruch auf höherwertige Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich der Erwachsenenbildung und andererseits die politische Steuerung bei den Mitteln der aktiven Arbeitsmarktpolitik des AMS. Dafür muss die Hälfte der Fördermittel des AMS für

*die bessere Integration von Frauen\* am Arbeitsmarkt als zentrales Ziel erhalten bleiben. Frauen\* mit Migrationsgeschichte benötigen aufgrund der Diskriminierung am Arbeitsmarkt spezielle Unterstützung, daher braucht es hier mehr Beratungs- und Weiterbildungsangebote.*

Liste JETZT: *Siehe die ersten beiden Fragen.*

SLP: *Zusätzlich zu den Antworten der ersten beiden Fragen, wird eine materielle Aufwertung von als „weiblich“ abgewerteter Arbeit, etwa durch höhere Löhne und Personal im Gesundheits- und Sozialbereich und eine kritische Auseinandersetzung mit Rollenbildern an Schulen verlangt. Um speziell migrantische Frauen zu unterstützen, sollen diverse gesetzliche Hürden abgeschafft werden, um jenen Frauen dieselben Möglichkeiten zu bieten, die auch österreichische Staatsbürgerinnen vorfinden.*

Wandel: *Die Verkürzung der Arbeitszeit wird gefordert, damit Frauen mit Betreuungspflichten, nicht mehr in einem ungleichen Wettbewerb mit Männern stehen. Verkürzte Arbeitszeiten für Männer und Frauen werden auch helfen, Muster rückständiger, geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung aufzubrechen. Investitionen in das österreichische Bildungssystem stehen außerdem an oberster Stelle. Dies inkludiert natürlich die effektive Förderung von Mädchen und Frauen auf allen Stufen des Bildungssystems, beispielsweise durch geschlechtergetrennten Unterricht in naturwissenschaftlichen Fächern, der erwiesenermaßen die Selbstsicherheit von Mädchen und jungen Frauen in diesen Fächern erhöhen kann.*

KPÖ: *Zusätzlich zu den Antworten der letzten beiden Fragen, soll eine verpflichtende Frauenquote von 50% eingeführt werden.*

**4. Noch immer leisten Frauen den Löwinnen-Anteil der unbezahlten Arbeit, weswegen seit den 1980er Jahren Kinderbetreuungsplätze flächendeckend in ganz Österreich gefordert werden. Wie werden Sie sich für diese dringend benötigten Einrichtungen einsetzen?**

ÖVP: *Es braucht einen weiteren Ausbau des leistbaren und qualitativen Betreuungsangebotes für Kinder, vor allem auf unter 3-Jährige soll hier ein Fokus gelegt werden. Flexiblere Öffnungszeiten für Kinderbetreuungseinrichtungen sind ebenso notwendig wie mehr verschränkte Kinderbetreuungsmodelle, um den Bedürfnissen von Alleinerziehenden entgegenzukommen. Der weitere Ausbau des Betreuungsangebotes durch Tageseltern und eine Aufwertung des Berufsbildes der Tageseltern wird gefordert, da sich diese Form der Kinderbetreuung vor allem in den „Randzeiten“ und im ländlichen Raum bewährt. Auch bei der Gründung von Betriebskindergärten sind Erleichterungen anzustreben und Unternehmen sollen dabei unterstützt werden, familienfreundlichere Rahmenbedingungen für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Betreuungspflichten anbieten zu könne*

SPÖ: *Es wird eine Ausbauoffensive im elementarpädagogischen Bereich gefordert, die flächendeckend, qualitativ hochwertig, ganztägig geöffnet, ohne Schließtage und öffentlich finanziert sein soll. Auch Ganztagschulen ohne Hausaufgaben und mit qualitativem, kostenlosen Mittagessen und Freizeitangebot sollen bis 2025 soweit fortgeschritten sein, dass*

*jede Familie im Umkreis von 20 km ein ganztägiges Betreuungsangebot vorfindet. Außerdem sollen 5000 zusätzliche Lehrer\*innen und Unterstützungspersonal wie Psycholog\*innen an Schulen angestellt werden, um Kinder bestmöglich zu fördern.*

*FPÖ: Familien sollen stärker unterstützt werden, so setzt sich die Partei für den Ausbau von Kinderbetreuung und Tagesmüttern ein. Flexiblere Öffnungszeiten für die Kinderbetreuungseinrichtungen sowie der flächendeckende Ausbau der qualitativen schulischen Nachmittagsbetreuung und die Ausweitung der professionellen Ferienbetreuung sind weitere Forderungen.*

*NEOS: Die Partei will nicht nur einen rechtlich garantierten Kinderbetreuungsplatz für jedes Kind ab dem 1. Kindergeburtstag (Rechtsanspruch auf Kinderbetreuungsplatz), sondern auch einen qualitativen Ausbau an Kinderbetreuungsplätzen. Ein ausgabenorientierter Finanzausgleich soll eine langfristige Finanzierung möglich machen, sodass Gemeinden mehr Planungssicherheit bekommen.*

*Die Grünen: Es braucht einen Rechtsanspruch auf kostenlose, qualitativ hochwertige Betreuung für jedes Kind ab dem 1. Lebensjahr, unabhängig vom Wohnort. Dafür ist ein flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen- vor allem im ländlichen Bereich notwendig. Zusätzlich müssen die Öffnungs- und Schließzeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen vor allem in ländlichen Gegenden endlich flächendeckend den gesellschaftlichen Realitäten angepasst werden.*

*Liste JETZT: Ein Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz, bundesweite Qualitätsrahmen und besseres Gehalt für Primärpädagog\*innen wird gefordert.*

*SLP: Die Veränderung etablierter Verhältnisse wird als zivilgesellschaftlicher Kampf verstanden, in dem die Partei das Sprachrohr innerhalb des Nationalrates für außerparlamentarische Bewegungen sein und deren Forderungen hier unterstützen.*

*Wandel: Die Partei fordert kostenlose, ganztägige und ganzjährige Kinderbetreuungsplätze von hoher Qualität. Zudem hat sich der Wandel dazu verpflichtet, im Nationalrat gegen alle Gesetzesvorschläge zu stimmen, die Kürzungen oder Privatisierungen im Gesundheits-, Pflege-, Sozial- oder Bildungsbereich vorsehen.*

*KPÖ: Die Gebühren für Kindergärten und Kindertagesstätten soll schrittweise abgeschafft werden, ein zweites Kindergartenjahr muss gratis sein. Zudem braucht es Zuschüsse für den Ausbau einer flächendeckenden Ganztagesbetreuung und den Ausbau der Ganztageschule bis 14 Jahre.*

- 5. Österreich hat die Istanbul-Konvention ratifiziert und sich verpflichtet alles zu tun, um gewaltbetroffene Frauen und Kinder zu schützen und zu unterstützen. Wie kann aus Ihrer Sicht der Gewaltschutz für Frauen\* verbessert werden und welche konkreten Pläne haben Sie dafür?**

*ÖVP: Die Verschärfung von Strafen für Gewalt- und Sexualdelikte ist ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Sicherheit und mehr Schutz vor Gewalt gegen Frauen. Zusätzlich braucht es*

*mehr Aufklärungsarbeit bereits in den Kindergärten und Schulen, um sowohl die Kinder und Jugendlichen als auch die Pädagoginnen und Pädagogen zu sensibilisieren und das Thema Gewalt, vor allem auch sexuelle Gewalt, aus der Tabuzone herauszuholen. Es braucht zudem mehr Präventionsmaßnahmen. Um Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind, den bestmöglichen Schutz zu gewährleisten, möchte die Partei das Angebot an Plätzen der Unterstützungseinrichtungen für Frauen, die von Gewalt betroffen sind, erweitern. Das reicht von einem Ausbau der Beratungsstellen über eine Bereitstellung von mehr Übergangswohnungen bis hin zu einer höheren Anzahl an Plätzen in Frauenhäusern.*

*SPÖ: Gewaltschutzeinrichtungen und Mädchen\*- und Frauen\*beratungseinrichtungen sollen ausgebaut und finanziell abgesichert werden. Mindestens ein Frauen\*hausplatz soll auf 10 000 Einwohner\*innen kommen und es werden Soforthilfepakete in der Höhe von 3 Millionen Euro gefordert. Um Gewalt an Frauen\* an der Wurzel zu bekämpfen, soll der Dialog mit Expert\*innen gesucht und Frauen\* und Opferschutzeinrichtungen einbezogen werden. Das Frauenbudget muss außerdem erhöht werden, um der Benachteiligung von Frauen in allen Lebensbereichen entgegenzuwirken.*

*FPÖ: Der öffentliche Raum muss so gestaltet werden, dass Frauen gar nicht erst in Gefahr kommen. Es soll eine Null-Toleranz-Politik für Sexual- und Gewaltverbrechen geben, wobei Opferschutz vor dem Täterschutz stehen soll. Besonders die Ausweisung ausländischer Staatsbürger sieht die Partei als einen Erfolg der Vergangenheit an, an den es anzuknüpfen gilt. Auch kostenlose Sicherheits- und Selbstverteidigungstrainings für Mädchen und Frauen sollen angeboten werden.*

*NEOS: Im allerersten Schritt soll mehr Budget im Gewaltschutzbereich und ein ordentliches Finanzierungskonzept aus einer Hand durchgesetzt werden. Außerdem setzt sich die Partei dafür ein, dass in jedem Bundesland zumindest eine "Gewaltambulanz" etabliert wird. Das sind Zentren, bzw. auch mobile Teams und Anlaufstellen, die es Opfern von Gewalt ermöglichen, rechtsmedizinische Untersuchungen durchzuführen und Beratungen und Betreuung bieten. Dadurch können Spuren besser gesichert und gerichtsfest dokumentiert werden, was wichtig ist, damit sich von Gewalt betroffene Menschen - sollten sie sich zu einer Anzeige entschließen - auch mehr Aussicht auf ein schnelles Verfahren haben*

*Die Grünen: Es braucht vor allem die Bereitstellung von finanziellen Mitteln. Einerseits müssen Frauen\*hauseinrichtungen als Sofortmaßnahme ausgebaut werden, andererseits muss das Gewaltpräventionsangebot erweitert werden. Mit Hilfe eines nationalen Aktionsplans gegen Gewalt an Frauen\* sollen Bund und Länder ihre Verantwortung gemeinsam wahrnehmen und für eine flächendeckende Betreuung in Frauen\*häusern und Opferschutzeinrichtungen sorgen. Diese Einrichtungen müssen gestärkt, gefördert und die Kapazitäten erhöht werden. Weitere Forderungen sind verstärkte Sensibilisierungsprogramme in Schulen, der Justiz und bei der Polizei sowie Präventionsprogramme und Antigewalttrainings für Gefährdete. Für geflüchtete Frauen\* muss zusätzlich entsprechende spezifische Unterstützung angeboten werden. Als eine Maßnahme im Kampf gegen die Traumatisierung durch häusliche und sexualisierte Gewalt wird der durch die Krankenkasse finanzierte Rechtsanspruch auf Psychotherapie für alle gesehen.*

Liste JETZT: *Die Ausfinanzierung von Opferschutz und Täterarbeit in der Höhe von €210 Mio/jährlich soll, der Istanbul-Konvention folgend, durchgesetzt werden. Auch um die jährlichen volkswirtschaftlichen Folgekosten von genderbasierter Gewalt in der Höhe von €3,7 Mrd einzusparen. Das gesparte Steuergeld soll in den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung und die Einführung der Sicherung des Unterhaltes investiert werden, beides Maßnahmen, die die Volkswirtschaft ankurbeln und Frauenarmut neben häuslicher Gewalt verhindern. Die 2013 eingeführte Gemeinsame Obsorge muss dringend evaluiert werden. Dies fand zwar statt, allerdings, ohne Betroffene und NGOs einzubinden. Gewaltschutzzentren sind täglich mit dem beunruhigenden Phänomen konfrontiert, dass die Gemeinsame Obsorge auch in Fällen von vorangegangener häuslicher Gewalt ausgesprochen wird. Dem muss ein Ende gesetzt werden, damit Frauen und Kinder ein gewaltfreies Leben beginnen können.*

SLP: *Kurzfristig verlangt es eine Rücknahme aller Subventionskürzungen für Beratungsstellen und Vereine. Autonome feministische Einrichtungen sollen finanziell ausreichend abgesichert, unterstützt und ausgebaut werden und ein gut ausgebautes, flächendeckendes Netz an Frauenhäusern eingerichtet werden. Für Opfer von häuslicher Gewalt soll ein Übergangsgeld von mindestens 1700 Euro ausgezahlt werden, bis eine Arbeit gefunden wird, der Zugang zu juristischer, sozialer und psychologischer Betreuung muss kostenlos sein. Mehr unabhängige Beratungs- und Anlaufstellen für betroffene Frauen müssen eingerichtet werden und mit juristischen Beratungs- und Beschwerdestellen ausgestattet sein, um Frauen auch vor psychischer Gewalt ausgehend von der Justiz zu schützen. Schulungen für Betriebsrät\*innen sollen für das Thema sensibilisieren, sodass auch der Arbeitsplatz sicherer wird und eine Anlaufstelle für etwaige Vorfälle hat.*

Wandel: *Die Partei unterstützt hier die Forderungen des Frauen\*volksbegehrens voll und ganz, besonders die der Kriminalisierung von nicht-physischer häuslicher Gewalt und den bundesweiten Ausbau von staatlich finanzierten und rechtlich abgesicherten, kostenfreien Einrichtungen und Beratungsstellen für Gewaltbetroffene und ihre Kinder.*

KPÖ: *Es braucht gerade in diesem Bereich eine klare Erhöhung der finanziellen und personellen Mittel im Bereich der Frauenförderung und des Gewaltschutzes. Die letzte Regierung hatte ja 400.000€ von der Frauenförderung gestrichen, was gelinde gesagt alarmierend ist. Die derzeitige Finanzierung in diesem Bereich reicht nicht aus. Die Angebote für opfersensible Arbeit müssen dringend ausgebaut werden, schließlich sprechen 41 Frauenmorde im Jahr 2018 eine klare Sprache.*

**6. Werden Sie die Forderungen des bekanntlich weit unterstützten Frauen\*volksbegehrens in der nächsten Legislaturperiode umsetzen? Wie gedenken Sie dies zu tun?**

ÖVP: *. In den Bereichen der politischen und gesellschaftlichen Gleichstellung, der Lösung der Einkommens- und Pensionsunterschiede, der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, dem flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung und dem Gewaltschutz gibt es Überschneidungen mit den Forderungen des Frauenvolksbegehrens, aber es gibt auch Bereiche, die wir nicht unterstützen können..*

SPÖ: *Die Partei hat die Forderungen des Frauen\*volksbegehren von Anfang an unterstützt und auch diesbezügliche Anträge im Nationalrat eingeladen, die thematisch von Geschlechterquoten über Lohntransparenz, Unterhaltsgarantie, Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung bis zu sexueller Selbstbestimmung und Gewaltschutz reichen. Die Unterstützung wird auch weiterhin aufrecht erhalten werden, da ein derartig weitunterstütztes Volkbegehren nicht einfach ignoriert werden kann.*

FPÖ: *Einige Ansatzpunkte des Frauen\*volksbegehrens hält die Partei durchaus für unterstützenswert, sie werden jedoch von anderen „überzogenen“ Forderungen verwässert und darum kaum umsetzbar.*

NEOS: *Große Teile des Frauen\*volksbegehrens werden von der Partei unterstützt, wobei auch einige Forderungen mit entsprechenden Anträgen eingebracht wurden. Besonders auch der Diskurs, den das FVB angestoßen hat, ist zu erhalten und weiterzuführen.*

Die Grünen: *Die Partei hat das Frauen\*volksbegehren von Anfang an unterstützt und fordert eine konsequente Umsetzung aller Forderungen.*

Liste JETZT: *Die Partei unterstützt jede Forderung des Frauen\*volksbegehrens und verfolgt deren Umsetzung.*

SLP: *Die Partei setzt sich aktiv für das Frauen\*volksbegehren ein und kritisiert den momentanen politischen Umgang damit. Sie wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Forderungen eingesetzt werden und ein aktiver Unterstützer bleiben.*

Wandel: *Die Partei setzt sich, wie in der letzten Frage schon erklärt, für das Frauen\*volksbegehren ein und schließt sich dessen Forderungen an.*

KPÖ: *Keine Antwort.*

## **7. Wie halten Sie es mit den Quoten? Sind Sie aus Ihrer Sicht notwendig und wo sollen sie zur Anwendung kommen?**

ÖVP: *Um hier Frauen auch die entsprechenden Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten, soll sich die nächste Bundesregierung als Ziel setzen, den Frauenanteil in jedem Aufsichtsrat auf mindestens 40% bis zum Ende der Legislaturperiode zu erhöhen. . Zusätzlich fordert die Partei eine Frauenquote von 40 Prozent in allen parlamentarischen Klubs. Erreicht ein parlamentarischer Klub diese Quote im National- und Bundesrat nicht, sollen die Förderungen entsprechend gekürzt werden.*

SPÖ: *Quoten sind notwendig um alteingesessene Männernetzwerke aufzubrechen. Das Ziel ist in allen Bereichen ein Frauenanteil von 50 Prozent bzw. halbe/halbe.*

FPÖ: *Gender Mainstreaming ist lediglich übertriebene Gleichmacherei und nimmt Frauen ihre individuelle Freiheit, ohne Vorteile zu bringen. Dementsprechend sind Frauenquoten abzulehnen.*

NEOS: *Im privatwirtschaftlichen Bereich sieht die Partei Quoten sehr kritisch, weil sie einen starken Eingriff in die Privatautonomie darstellen. Sie tritt für Frauenförderung auf allen Ebenen ein, da es notwendig ist, früher anzusetzen, um echte Gleichberechtigung von Männern und Frauen am Arbeitsmarkt zu erreichen. Dazu müssen strukturelle und steuerliche Ungerechtigkeiten gesetzlich beseitigt werden. Nur durch Schaffung solcher Rahmenbedingungen, wie sie weiter oben bereits besprochen wurden kann der Frauenanteil in Führungssetagen erhöht werden.*

Die Grünen: *Der Frauen\*anteil soll über gezielte Förderung weiblicher Spitzenleistungen über Stipendienprogramme, Preisvergaben und Quotierungen in allen gesellschaftlichen Bereichen wie Wissenschaft, Sport, Medien in Richtung 50% gehen. Auch in der Privatwirtschaft, etwa in Aufsichtsräten für börsennotierte Unternehmen, und in der Politik sind Quoten notwendig.*

Liste JETZT: *Solange es keinen ausgeglichenen Frauenanteil in den meisten Branchen gibt, sind Quoten notwendig. Es sollen aber auch verpflichtende Männerquoten in der Primärpädagogik und Pflege eingeführt werden und in politischen Fraktionen muss die Höhe der Klub- und Parteiförderung an eine 50% Quote geknüpft sein.*

SLP: *Quoten werden nicht abgelehnt, jedoch lediglich als Symptombekämpfung eines grundlegenden, systemischen Problems gesehen. Wo Quoten ein Mittel sind, um die Einbindung von Frauen zu fördern, sind sie als positiv zu bewerten, jedoch ist es ein Trugschluss zu glauben, dass eine höhere Anzahl an Frauen in Führungspositionen eine endgültige Lösung für Ungleichbehandlung am Arbeitsmarkt darstellt.*

Wandel: *Quoten sind notwendig, um die Repräsentation von Frauen im öffentlichen und politischen Leben sowie in der Wirtschaft zu sichern. Eine 50% Quote wird gefordert und von der Partei auch auf ihren Wahllisten umgesetzt.*

KPÖ: *Keine Antwort.*

**8. Die letzten Monate waren unter anderem geprägt von Diskussionen um eine Einschränkung der Fristenlösung. Welchen Stellenwert haben reproduktive Rechte für Sie und wie gedenken Sie, diese für Frauen zu schützen?**

ÖVP: *Die derzeitige Fristenlösung ist geltendes Recht. Dazu bekennt sich die Partei. Zudem möchte man sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Beratung und Unterstützung von Schwangeren weiter ausgebaut und das Beratungsangebot intensiviert und verbessert wird.*

SPÖ: *Am Selbstbestimmungsrecht der Frauen darf nicht gerüttelt werden. Obwohl in den letzten Jahrzehnten bereits viel für die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen\* und Mädchen\* geschehen ist, braucht es weitere Verbesserungen. Ein Schwangerschaftsabbruch muss an öffentlichen Spitälern durchführbar sein, um betroffenen Frauen nicht noch zusätzliche Hürden, wie etwa eine verlängerte Anreise, in den Weg zu legen. Aufklärung und kostenloser Zugang zu Verhütungsmitteln ist weiters nötig, um einen selbstbestimmten Umgang mit Sexualität zu ermöglichen. Die Partei fordert zudem bundesgesetzliche Regelungen zur Errichtung von Schutzzonen vor Abtreibungskliniken, umfassende*

*Sexualerziehung an allen Schulen und sachliche Information über Empfängnisverhütung in den Medien.*

*FPÖ: Jede Maßnahme, die präventiv eingesetzt werden kann, um ungewollt schwangere Frauen Alternativen aufzeigen, sind unterstützenswert, weswegen die Einführung eines Zeitpuffers zwischen dem Beratungsgespräch und einer allfälligen Abtreibung sowie eine Hinweispflicht des Arztes auf Unterstützungs- und Beratungsangebote als sinnvoll zu erachten ist. Die Streichung der Regelung zur sogenannten Eugenischen Indikation hält die Partei aus Grund des Schutzes und der Würde des Lebens von Menschen mit Behinderung für dringend notwendig. Frauen, die betroffen sind, sollen vermehrt über Unterstützungsangebote für Eltern von beeinträchtigten Kindern aufgeklärt werden.*

*NEOS: Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und körperliche Integrität und der Schutz dieser ist unumstößlich. Ungewollt schwangere Frauen brauchen Beratung und Unterstützung, aber auch niederschweligen Zugang zum Schwangerschaftsabbruch, sollten sie sich dafür entscheiden. Es wird daher gefordert, dass es in jedem öffentlichen Krankenhaus diese Möglichkeit geben soll. Das Ziel muss es sein, die Anzahl der ungewollten Schwangerschaften zu reduzieren. Dazu muss es neben einem Ausbau von Information, Aufklärungsangeboten und Sexualpädagogik auch möglichst niederschweligen Zugang zu Verhütungsmitteln geben. Eine weitere Forderung ist daher beispielsweise kostenlose Verhütungsmittel für alle unter 18-Jährigen.*

*Die Grünen: Die Partei lehnt die Einschränkungen bezüglich der Fristenregelung entschieden ab. Dagegen als dringen notwendig erachtet werden eine niederschwelliger und vor allem leistbarer durch die Krankenkasse finanzierter Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen, der in allen Bundesländern gewährleistet sein muss und Schutz zonen vor Kliniken und Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, um Betroffene vor Belästigungen zu bewahren. Außerdem wird eine Änderung der Ausbildung von Gynäkolog\*innen gefordert, um die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen zu inkludieren und verlangt, dass Schwangerschaftsabbruch komplett entkriminalisiert werden muss.*

*Liste JETZT: Um geringere Raten von Schwangerschaftsabbrüchen zu gewährleisten, braucht es qualitativ hochwertige Aufklärung in Bildungseinrichtungen, mehrsprachige Kampagnen, kostenlose Verhütungsmittel, eine verbesserte Infrastruktur an Kliniken, kostenlosen Schwangerschaftsabbruch, das Recht, im Internet über Schwangerschaftsabbrüche zu informieren, flächendeckende Beratungsstellen und die Streichung des Schwangerschaftsabbruches aus dem Strafgesetz. Die von der WHO empfohlene Kaiserschnitt rate von 10% sollte eingehalten werden, da Spontangeburt en vorzuziehen sind. Außerdem gilt es Hebammen und Hebammenzentren zu fördern, um dem Mangel, der in Österreich herrscht, entgegenzuwirken.*

*SLP: Die Partei fordert eine komplette Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, die kostenlos in allen Bundesländern und in allen öffentlichen Spitälern durchführbar sein müssen. Frauengesundheitszentren sind durch die öffentliche Hand zum Zweck der Beratung und Behandlung einzurichten. Außerdem soll umfassende, inklusive Aufklärung an Kindergärten und Schulen finanziert und Verhütungsmittel kostenlos und anonym vergeben*

werden. Um Kliniken und Arztpraxen soll eine Bannmeile für Abtreibungsgegner\*innen eingeführt werden, um Betroffene und das Personal zu schützen.

Wandel: *Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch ist eine der wichtigsten Voraussetzung für diese Selbstbestimmung in der Praxis. Die Partei möchte daher im Nationalrat gegen alle Bemühungen stimmen, die versuchen, dieses Recht explizit oder implizit (z.B. durch zusätzliche verpflichtende Beratungstermine, "Überlegungsfristen", Auflagen für durchführende Einrichtungen etc.) zu beschneiden, vorgehen.*

KPÖ: *Keine Antwort.*

**9. Viele Frauen und vor allem feministische Aktivist\*innen sind im Netz immer wieder mit Massivem Frauenhass im Netz konfrontiert. Nicht zuletzt der Fall von Sigi Maurer zeigt deutlich, dass es hier endlich deutliche gesetzliche Regelungen geben muss. Welche Maßnahmen bzw. Gesetzesänderungen sind hier aus Ihrer Sicht wichtig?**

ÖVP: *Die Partei setzt sich für eine Klarnamenpflicht ein. Auf allen relevanten Plattformen, auf denen Meinungs Austausch passiert, soll in Zukunft die Identität der Schreiber hinterlegt werden, und zwar bereits im Zuge der Registrierung. Das heißt, jemand, der Unrecht begeht, soll nicht die Möglichkeit haben, sich in der Anonymität des Internets zu verstecken.*

SPÖ: *Frauen und besonders politisch aktive Frauen werden im Netz besonders häufig diffamiert und bedroht. Durch Maßnahmen wie die Beratungsstelle #GegenHassimNetz (beratungsstelle.counteract.or.at), soll gegen diesen Trend gehalten werden.*

FPÖ: *Die Task Force Strafrecht hat sich unter der letzten Regierung unter anderem mit diesem Thema beschäftigt, weiter ausgearbeitet konnten die Maßnahmen allerdings wegen des Koalitions-Endes nicht werden.*

NEOS: *Es braucht eine Verankerung von psychischer Gewalt und verbaler sexueller Belästigung als Straftatbestand. Die Justiz muss mit entsprechenden Mitteln für mehr Personal und spezialisierte Stellen ausgestattet werden, um eine schnelle Verfolgung zu gewährleisten. Außerdem braucht es eine Verbesserung des medienpädagogischen Angebotes im Schul- und Erwachsenenbildungsbereich, um Medienkompetenz zu stärken. Letztlich soll sich Österreich auf europäischer Ebene für eine vernünftige Ausgestaltung der E-Evidence-Verordnung einsetzen anstatt auf nationale Alleingänge zu setzen.*

Die Grünen: *Es braucht dringend klare gesetzliche Regelungen, damit sich Betroffene niederschwellig und ohne finanzielles und persönliches Risiko wehren können. Zusätzlich benötigt es eigene Staatsanwält\*innen, die sich mit Hass im Netz und den gesetzlichen Regelungen diesbezüglich auseinandersetzen, sowie flächendeckende Schulungen für Justiz und Polizei.*

Liste JETZT: *Um dieses Problem zu beseitigen braucht es eine klare Gesetzeslage, Aufklärung an Bildungseinrichtungen und die Möglichkeit, Online-Plattformen in die Pflicht*

*zu nehmen. Zugleich sollte eine Diskussion über das Phänomen der medialen Verurteilung angestoßen werden.*

*SLP: Formen virtueller Gewalt, wie etwa Cyber Mobbing, sollen als Straftatbestand anerkannt und verfolgt werden und eine bundesweite Dokumentationsstelle eingerichtet werden, die von Frauenorganisationen kontrolliert und durch öffentliche Gelder finanziert wird.*

*Wandel: Gewalt im Netz muss in die Gewaltschutzpläne der österreichischen Bundesregierung aufgenommen werden. Wir brauchen außerdem bessere Handhabe gegen Unternehmen in den sozialen Medien, die bisher viel zu wenig tun um Frauen und Mädchen vor Belästigung im Netz zu schützen, bzw. nicht ausreichend mit den Behörden zusammenarbeiten, wenn es zu Übergriffen kommt.*

*KPÖ: Keine Antwort.*